

Aarau, 29. Juni 2026

GV 2026 – 2029 / 12

Botschaft an den Einwohnerrat

Postulat «Prüfung des Beitritts der Stadt Aarau zum Meldetool *Zürich schaut hin*»

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

1. Einleitung

Im Februar 2026 haben die Einwohnerrätinnen Benita Leitner (Pro Aarau), Hannah Wey (Grüne), Johanna Dietiker (EVP/EW) und Leona Klopfenstein (SP) das Postulat «Prüfung des Beitritts der Stadt Aarau zum Meldetool *Zürich schaut hin*» (Beilage 1) mit folgendem Antrag eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt eine Machbarkeitsprüfung durchzuführen, ob und in welcher Form sich die Stadt Aarau dem von der Stadt Zürich betriebenen Meldetool “Zürich schaut hin” gegen Belästigungen und Diskriminierungen anschliessen kann. Dabei sind insbesondere Nutzen, Kosten sowie die Einbettung in bestehende städtische Strukturen und Angebote darzulegen.“

2. Stellungnahme des Stadtrats

Die Stadt Aarau unterscheidet sich hinsichtlich Grösse, Bevölkerungszahl und urbaner Struktur wesentlich von der Stadt Zürich. Mit rund 23 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Ausgangslage bezüglich Umfangs und Häufigkeit von Meldungen zu Belästigungen, Diskriminierungen oder anderen Sicherheitsvorfällen nicht direkt mit jener einer Grossstadt wie Zürich mit über 450 000 Einwohnerinnen und Einwohnern vergleichbar. Im Rahmen des Projekts «Urbane Sicherheit» prüft die Abteilung Sicherheit bereits die Entwicklung eines niederschweligen digitalen Meldetools für die Bevölkerung. Dieses soll bewusst breiter ausgestaltet werden als das Zürcher Modell und nicht ausschliesslich Meldungen zu sexualisierter oder diskriminierender Gewalt erfassen. Vielmehr ist vorgesehen, sämtliche relevanten Sicherheitsanliegen im öffentlichen Raum abzudecken. Dazu gehören beispielsweise Belästigungen, diskriminierende Vorfälle, Vandalismus, Angsträume, Konflikte im öffentlichen Raum sowie weitere sicherheitsrelevante Beobachtungen.

Ein solcher ganzheitlicher Ansatz ermöglicht es, Sicherheitsprobleme umfassender zu erfassen, Synergien in der Bearbeitung zu nutzen und Doppelspurigkeiten bei digitalen Angeboten zu vermeiden. Gleichzeitig können Erkenntnisse für die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit sowie für die zukünftige Planung von Massnahmen zur Förderung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung gewonnen werden.

Darüber hinaus ist vorgesehen, bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote in das geplante Meldetool zu integrieren. Dazu zählt insbesondere die neue nationale Opferhilfe-Telefonnummer 142, welche Betroffenen von häuslicher, sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt sowie ihrem Umfeld Beratung und Unterstützung bietet. Durch die Verknüpfung mit bestehenden Fachstellen und Hilfsangeboten soll sichergestellt werden, dass Betroffene rasch an die geeigneten Anlaufstellen weitergeleitet werden.

Aus Sicht des Stadtrats erscheint es daher zielführender, die Entwicklung eines auf die Bedürfnisse der Stadt Aarau zugeschnittenen, umfassenden Meldesystems weiterzuverfolgen, anstatt ein separates Instrument ausschliesslich für sexualisierte und diskriminierende Gewalt einzuführen. Die Anliegen des Postulats werden dabei aufgenommen und in die laufenden Arbeiten des Projekts «Urbane Sicherheit» integriert.

Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat wie folgt

A n t r a g :

Das Postulat «Prüfung des Beitritts der Stadt Aarau zum Meldetool *Zürich schaut hin*» wird nicht überwiesen

Im Namen des Stadtrats

Dr. Hanspeter Hilfiker
Stadtpräsident

Dr. Marco Salvini
Stadtschreiber

Postulat:

Februar 2026

Prüfung des Beitritts der Stadt Aarau zum Meldetool «Zürich schaut hin¹»

Antrag

Der Stadtrat wird beauftragt eine Machbarkeitsprüfung durchzuführen, ob und in welcher Form sich die Stadt Aarau dem von der Stadt Zürich betriebenen Meldetool «Zürich schaut hin» gegen Belästigungen und Diskriminierungen anschliessen kann.

Dabei sind insbesondere Nutzen, Kosten sowie die Einbettung in bestehende städtische Strukturen und Angebote darzulegen.

Begründung

Sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und diskriminierende Übergriffe im Allgemeinen sind im öffentlichen Raum auch in mittelgrossen Städten ein reales Thema. Betroffene melden Vorfälle jedoch häufig nicht bei der Polizei oder offiziellen Stellen – sei es aus Scham, aus Unsicherheit, weil sie den Vorfall als „nicht gravierend genug“ einstufen oder weil weitere Anlaufstellen für Meldungen schlichtweg nicht klar sind. Dadurch bleiben Ausmass und Orte solcher Vorfälle oft unsichtbar.

Mit dem Online-Meldetool der Kampagne ‚Zürich schaut hin‘ bietet die Stadt Zürich eine niederschwellige Möglichkeit, Belästigungen und Diskriminierung anonym zu melden, sich zu informieren und auf Unterstützungsangebote hingewiesen zu werden.

Gemäss Medienberichten wird das Tool rege genutzt, im Schnitt gehen täglich eineinhalb Meldungen ein. Zudem soll eine Öffnung für weitere Gemeinden geprüft werden². Damit bietet sich für Städte wie Aarau die Chance, auf eine bestehende, erprobte Lösung zurückzugreifen, anstatt ein eigenes System neu entwickeln zu müssen.

Auch die Städte Bern sowie Luzern haben die Problematik aufgegriffen und in der Folge ein vergleichbares Instrument sowie begleitende Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen

¹ <https://zuerichschauthin.ch/de/>

² [Belästigungen - In Zürich meldet täglich jemand eine sexuelle Belästigung - News - SRF](#)

entwickelt. Dies zeigt, dass auf kommunaler Ebene Handlungsmöglichkeiten bestehen und genutzt werden.

Ein Beitritt oder eine Anbindung an das Zürcher Tool bringt für Aarau mehrere Vorteile:

- niederschwellige Unterstützung und Orientierung für Betroffene
- bessere Datengrundlagen über Problemlagen und Brennpunkte im öffentlichen Raum sowohl im Alltag als auch bei Veranstaltungen
- Stärkung der Präventions- und Sensibilisierungsarbeit
- sichtbares Zeichen, dass die Stadt Belästigung und Diskriminierung ernst nimmt

Das Postulat verlangt keine sofortige Einführung, sondern eine Machbarkeitsprüfung mit einer Beschreibung von Nutzen, Kosten und Einbettung in bestehende Strukturen. So kann der Stadtrat aufzeigen, ob und wie ein solches Angebot für Aarau sinnvoll umgesetzt werden kann.

Benita Leitner, Pro Aarau

Hannah Wey, Grüne

Johanna Dietiker, EVP/EW

Leona Klopfenstein, SP